

p.B. 58.2. France



p.B. 58.71. Europe gen

AMBASSADE DE SUISSE
EN FRANCE

75007 PARIS, le 29. Juli 1991

142. Rue de Grenelle
Téléphone (1) 45 50 34 46
Télécopieur 45 51 34 77
Télex 270969
Cheques Postaux Paris 5 695 57 P
Réception: 9 h. à 11 h. 45

Réf.:

Prière d'adresser vos correspondances
à l'Ambassade et non pas à des personnes
déterminées.VERTRAULICH

p.B. 22 - CJ/ER

Zur französischen Politik im nationalen
und internationalen Zusammenhang;
Bedenkliches und Bedenkenswertes

Frankreich geht durch eine schwierige Phase. Innenpolitisch türmen sich die Probleme einerseits wegen der fehlenden Kohäsion der politischen Parteien und Gruppierungen, wegen der Komplexität und Dimension spezifischer Dossiers (wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, Sozialpolitik, Bildungspolitik, Immigration, Situation der Minderheiten, Ueberseegebiete) und wegen der Unfähigkeit der Politiker, ihren Blick im Interesse des Ganzen über die z.T. krankhaften persönlichen Ambitionen hinauszuerwerfen (vgl. zur innenpolitischen Situation p.B. Nr. 9 vom 7. März 1991 und p.B. Nr. 12 vom 22. April 1991). An der Aussenfront kämpft Frankreich um seine Position als "Grossmacht", ja es kämpft insbesondere angesichts der neuen Konstellation der Supermächte, der Ost-West-Entwicklung, der Situation im Mittleren Osten und in Nordafrika und der in Vergessenheit geratenden Dritten Welt um seinen Einfluss auf der internationalen Bühne schlechthin. Die Hindernisse auf dem Weg zur Verwirklichung der französischen Ziele in der EG, der doch einigermaßen schmerzhaft vollständige "Flop" der "assises de la confédération européenne" in Prag, die bescheidene Rolle in der Bewältigung der durch den Golfkrieg entstandenen Situation, politische Missbräuche in der Frankophonie-Bewegung sind einige der kürzlich gesetzten Meilensteine (vgl. zur Aussenpo-



litik Frankreichs p.B. Nr. 20 vom 12. Juli 1991). Es würde die Ambition eines einigermaßen kurzen Berichtes überschreiten, dies alles in einem grösseren Zusammenhang genau analysieren zu wollen. Im folgenden sei lediglich versucht, einige Elemente hervorzuheben und in einen gewissen Zusammenhang zu stellen.

Für Frankreich geht es - wie für alle europäischen Länder - darum, seinen Platz in Europa neu zu definieren. Die politische Hauptmotivation für den EG-Enthusiasmus liegt, - neben der ursprünglichen Grundkomponenten der Befriedung Europas insbesondere durch die Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses - in der in den letzten Jahren trotz aller Beteuerungen der Grandeur und des Willens zum weltweiten Engagement immer klarer werdenden Erkenntnis, dass in der gegenwärtigen und für die nächsten Jahrzehnte zu erwartenden geopolitischen Situation nur noch im übergeordneten Verband der EG zusammen mit den andern Europäern mit Gewicht gesprochen und gehandelt werden kann. Daraus folgt das Bemühen, die Gemeinschaft möglichst nach französischem Vorbild und Gedankengut zu gestalten und dem Hauptpartner, der BRD, wirtschaftlich mindestens ebenbürtig und in andern Belangen überlegen zu sein. Vor lauter Deutschland-Besessenheit wird oft verkannt, dass andere grosse Länder wie Italien, das Vereinigte Königreich und Spanien zumindest innerhalb der EG Machtfaktoren darstellen, denen - mit Ausnahme der Achtung vor dem britischen Militärpotential - mit einer gewissen Herablassung und oft mit Verachtung begegnet wird. Damit ist man schon in der Verstrickung von Widersprüchen angelangt. Frankreich ist Vorkämpfer für die Vertiefung der EG in Richtung Wirtschafts- und Währungsunion und politischer Union, widersetzt sich im Grunde aber mit Vehemenz gegen jede mögliche Schwächung des Nationalstaates. Die Abgabe gewisser Kompetenzen nach unten im Sinne der Dezentralisierung vor allem dank der Regionalisierung und die Abtretung staatlicher Zuständigkeit an eine supranationale Instanz widersprechen im Grunde beide einer bestimmten französischen Grundhaltung in bezug auf die Nation und den Staat und machen beide Bewegungen ausserordentlich schwierig. Wird Frankreich auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion auf den französischen

Franken und bei der Verwirklichung der politischen Union auf ein völlig unabhängiges (und selbstverständlich weiterhin auch nicht in der NATO integriertes) militärisches Potential und auf die damit beabsichtigte Verteidigung des "sanctuaire national" verzichten können und wollen? Viele ganz grundsätzliche Fragen stehen im Raum. Manche Politiker meinen, der Durchschnittsfranzose stehe solchen Grundsatzfragen einigermaßen indifferent gegenüber, solange sein persönliches Wohlbefinden gesichert sei. Immerhin schliessen auch sehr europäisch denkende Franzosen nicht aus, dass es zu gegebener Zeit durchaus zu einer analogen Stellungnahme kommen könnte wie seinerzeit bei der Ablehnung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die Nationalversammlung im Jahre 1954. Wird Frankreich aufgrund der Erkenntnis, es könne nur noch im grösseren Verband seinen Einfluss in der Welt ausüben, wirklich in so heiklen Belangen über den eigenen Schatten springen? Eine sichere Prognose kann wohl niemand stellen (das eben vom "Express" publizierte Ergebnis einer Umfrage zeigt, dass 24 % der Franzosen dezidiert antieuropäisch und weitere 24 % in bezug auf die EG skeptisch und zurückhaltend sind), und in dieser Erkenntnis will sich Frankreich daher innerhalb der weltweiten Strukturen unbedingt seinen Platz in den bestehenden Institutionen weiterhin sichern. Der Sitz als ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, weshalb gewisse Ansinnen aus Italien und - nuancierter und deshalb auch als weniger aggressiv empfunden - aus Deutschland im Hinblick auf eine Neuordnung der europäischen Präsenz im Sicherheitsrat vehement abgelehnt werden. Das Festhalten an der traditionellen Zusammensetzung des Sicherheitsrates ist auch im Zusammenhang mit der Konstellation im Siebner-Gipfel zu sehen, wo andere Staaten entweder an Gewicht (Japan und BRD) oder - in französischer Sicht - an "nuisance value" (Italien und Kanada) gewonnen haben und die französische Position an Bedeutung verloren hat. Es liegt auf der Hand, dass diese Entwicklung den Franzosen zu schaffen macht, zumal es sich beim Gipfel um eine französische Erfindung handelt. Vom vertraulichen Gedankenaustausch zwischen Kennern der Wirtschaft auf höchstem Niveau mit dem Auslösen von Impulsen ist am Siebner-Gipfel in seiner gegenwärtigen Form nicht mehr

viel geblieben, weshalb die französische Beurteilung der Arbeit dieses Gremiums auch immer zynischer wird. Darum ist es den Franzosen im Klub der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates vielleicht beinah wohler. Dieser Klub entspricht viel eher den französischen Vorstellungen von einem zur Führung der Welt berufenen Gremium, zumal diese Situation durch den Willen der in der UNO zusammengeschlossenen Völkerfamilie besser legitimiert ist als die G-7, deren Mitglieder sich nur aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kooptieren. Damit aber steht Frankreich wiederum im Widerspruch zur Idee der politischen Union der EG, denn die geschilderte Haltung fliesst aus dem Bedürfnis, nach wie vor doch möglichst selbständig auf der Weltbühne aufzutreten, was trotz wortreichster Argumentation unvereinbar ist mit einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EG. Man ist zwar recht stolz auf die rasche Handlungsweise der EG in der jugoslawischen Krise, ist aber aufgebracht über die Haltung der BRD gegenüber den Autonomiebestrebungen (vgl. p.B. Nr. 19 vom 10. Juli 1991) und sieht darin ein Beispiel für die in der künftigen politischen Union zu bewältigenden praktischen Probleme.

Alle diese ineinander fliessenden Elemente müssen vor dem Hintergrund des immer trüber werdenden innenpolitischen Bildes gesehen werden. In letzter Zeit kann man von Politikern insbesondere auf Seiten der Opposition, aber auch von andern Gesprächspartnern wie Beamten und Journalisten äusserst pessimistische Kommentare und Prognosen hören. Nicht selten wird von einer bestehenden oder bald eintretenden Staatskrise gesprochen. Die Polizei weigert sich mangels Instruktionen oder wegen widersprüchlicher Anweisungen oder gar aus Angst, in gewissen Situationen einzugreifen. Richter rebellieren wegen der Einschränkung ihrer Unabhängigkeit und werden nicht mehr immer aktiv. Präfekten, seit Napoleon Garanten des Staates, empfinden einen Mangel an Führung seitens des Innenministeriums und treten mit Politikern in direkten Kontakt, um sich Rückhalt zu schaffen. Während der Regierungszeit Rocard's liess man in Korsika die Zügel fahren bis zu einem Grade, der einer eigentlichen Demission des Staates gleich kommt. Ein als sehr vernünftig bekannter nationaler Politiker korsischer Herkunft erklär-

te im Gespräch kürzlich wörtlich, nachdem der Staat die Ordnung nicht klar gewährleiste, breite sich die Mafia in einem Masse aus, das es der kriminellen Organisation erlaube, auf der ganzen Insel ihr Ordnungssystem durchzusetzen und sich damit dem Staat zu substituieren. Daher die panische Angst vor Autonomiebestrebungen, wobei Frankreich es heute wohl doch etwas bereut, in der Baskenfrage nicht früher mit Spanien konstruktiv zusammengearbeitet zu haben. Die der atlantischen Unbill ausgesetzten Bretonen und die von der Geschichte gezeichneten Elsässer sind weniger militant, stellen aber weitere Herde der Unzufriedenheit dar. Die Partikularismen sind vorhanden, wurden durch den Nationalstaat lange Zeit aber völlig unterdrückt. Der auf einer wohl richtigen Perzeption des Bedürfnisses nach Dezentralisierung beruhenden Schaffung der Regionen ist es nicht gelungen, die Autonomiebestrebungen wirklich aufzufangen. Die Kumulierung vieler Schwierigkeiten wie Lebensbedingungen in den Vorstädten, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Immigration, Rassendiskriminierung, mangelnder Schutz durch die Organe des Staates usw. geben vielen Bürgern das Gefühl der Vernachlässigung. Dies kann wiederum den Trend zu Partikularismen nur fördern - einigermaßen ein Teufelskreis. Nach Angaben eines hohen Beamten soll der Waffenkauf durch Private in den letzten Monaten zugenommen haben. Die Individuen und auch Unternehmungen und Gruppierungen ziehen ihre eigenen Schutzorganisationen auf. Der gleiche Gesprächspartner äusserte sich dahin, dass viele Franzosen mit einem weiteren Degenerieren der Situation rechnen und sich langsam auf das Ueberhandnehmen "italienischer Verhältnisse" vorbereiten. Während die Italiener im Laufe ihrer Geschichte allerdings bewiesen haben, nicht nur die Ueberlebenskunst zu beherrschen, sondern aus dem Versagen des Staates mitunter sogar Vorteile zu ziehen, ist ein Frankreich ohne starken Staat kaum denkbar. Wenn die gegenwärtige Mehrheit aus politischen Ueberlegungen während einiger Zeit die Zügel hatte fahren lassen, hat der Präsident die Situation gewiss als so heikel beurteilt, dass er die neue Premierministerin in ihrem Bemühen, auf schwierigen Gebieten durchzugreifen und Ordnung zu schaffen, voll unterstützt. Als ausgesprochen unglücklich muss es daher erscheinen, dass Frau Cresson persönlich so wenig überzeugt und

mit ihrer impulsiven Art und ihrer oft bedenklich weit unten
situierten Ausdrucksweise ihre an sich wohl zweckmässigen Be-
mühungen selbst unterminiert.

Gewiss wird Frankreich nicht morgen auseinanderfallen. Aber
ganz aus der Luft greifen die Franzosen, die von Staatskrise
sprechen, ihre Befürchtungen nicht. Wenn es im Innern brodeln
und der nationale Zusammenhalt zu einer Priorität der Staats-
politik werden muss, wirkt sich dies notwendigerweise an der
Aussenfront aus - weltweit, gesamteuropäisch und EG-spezi-
fisch. Mitterrand gelingt es vorläufig noch, ein wichtiger Ak-
teur auf der Weltbühne zu sein. Wie oben bereits erwähnt,
sinkt aber der Stern, und ein innenpolitisch problembeladenes
Frankreich wird an der Aussenfront weniger glaubwürdig sein.
Gesamteuropäisch hat sich dies - wie ebenfalls erwähnt - mit
dem "Flop" der "confédération européenne" gezeigt. Unter-
schwellig ist man unsicher über die Solidität der gesamteuro-
päischen Entwicklung, man hat Angst vor einem jederzeit mögli-
chen Abgleiten und möchte diesen Gefahren mit einem stärkeren
Engagement begegnen. Die eigene Ohnmacht, die Abfuhr von Prag,
das in französischer Sicht mangelnde Engagement der USA, die
Meinungsunterschiede mit der BRD sind schwer zu akzeptieren.
Eine neue Ordnung in Richtung Freiheit, Demokratie und Markt-
wirtschaft entspricht den französischen Idealen. Auseinander-
fallen der nationalen Staaten, Aufsplitterung Europas in
kleinere Einheiten, in Frage stellen von Grenzen macht den
Franzosen vor allem aber aufgrund der eigenen innenpolitischen
Situation Angst. "On ne va pas faire l'Europe à 60, avec des
Etats baltes, avec des Slovènes et des Croates" (so Mitterrand
am 7. Juni 1991 in Lugano) war nicht ein leicht hingeworfener
Spruch, sondern ein Zeugnis tiefer Sorge über den möglichen
Zerfall jetzt bestehender Staaten. Da das Auffangnetz der
europäischen Konföderation wohl kaum im französischen Sinne
wird aufgespannt werden können, versucht man sonst alles Mög-
liche. Einen der absurdesten Auswüchse stellt wohl das Bemühen
dar, Länder wie Rumänien (das in dreister Weise, aber allen
Ernstes als frankophon bezeichnet wird) und Bulgarien der
Frankophonie-Bewegung einzuverleiben. Dies sind wohl recht
hohle Gesten: da man den osteuropäischen Staaten gegenüber we-

gen mangelnder Unterstützung zwar gewissermassen eine Schuld verspürt, sie aber auf keinen Fall in die wirklich verbindlichen westeuropäischen Strukturen aufnehmen will, verabreicht man ihnen alle möglichen Trostpflaster. Denn soviel ist klar: Die EG soll auf keinen Fall in absehbarer Zeit durch den Beitritt osteuropäischer Länder belastet werden. Aber auch die EFTA-Länder (am Beispiel Oesterreichs einstweilen bereits demonstriert) möchte man von einer wirklichen Mitgliedschaft fernhalten und zumindest vorläufig mit dem EWR- Modell - und wäre es auch nur im Sinne einer Uebergangslösung auf Zeit - vertrösten. "Noli turbare circulos meos". Frankreich will, dass die schon zu zahlreichen EG-Mitgliedstaaten unter sich bleiben, dass keine neuen Konstellationen innerhalb der EG entstehen, die der einerseits immer noch vorhandenen Schlüsselstellung Frankreichs in der EG Abbruch leisten oder anderseits dem Land durch Eindringen föderalistischen, direkt-demokratischen oder sonstwie allzu unfranzösischen Gedankengutes an der Innenfront Schwierigkeiten schaffen könnte. Wenn französische Politiker davon sprechen, dass Europa gelegentlich mit föderalen Elementen gebaut werden sollte, so liest sich dies vor allem in dem Sinne, dass die Mitgliedstaaten auch in Zukunft die unersetzlichen Komponenten bilden sollen. Es graut der französischen Führung vor einem Europa der Regionen, auch wenn dieser Ausdruck in den Ballungszentren der Provinz wie Rhône-Alpes, Provence-Alpes-Côte d'Azur oder Elsass durchaus in positivem Sinn verwendet wird. Auf einer andern Ebene situiert sich die Angst vor dem Verwässern der EG bis hin zu einer Freihandelszone. Solche Bestrebungen werden bekanntlich dem perfiden Albion unterschoben, dessen Interesse am Beitritt von EFTA-Ländern, die allenfalls auf den Leim gehen könnten, vor allem in der Denaturierung und Umfunktionierung der EG und in einer zu starken Verankerung im Norden gesehen wird. Das Misstrauen besteht vielleicht weniger gegenüber den möglichen Beitrittskandidaten aus der EFTA als vielmehr gegenüber Grossbritannien, das versucht sein könnte, auch in dieser Phase der europäischen Geschichte gewisse (in diesem Fall vor allem der EG neubeitretende) Staaten um sich zu scharen und durch diesen Schachzug der allzu raschen Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und der politischen Union entgegenzuwirken.

Allerdings nimmt man gelegentlich in Frankreich doch die Gefahr wahr, dass man Oesterreich und andere Staaten vor allem germanischer Sprachen nicht allzu lange von der EG ausschliessen kann, ohne sie mit der Zeit der Versuchung auszuliefern, in Mitteleuropa ihr Glück zu versuchen, vor allem wenn sich die BRD mangels Fortschritten innerhalb der EG solchen Ansinnen nicht ganz verschliessen sollte.

Einmal mehr lauter Verstrickungen und Widersprüche, und im Grunde genommen eine grosse Einsamkeit. Der einsame Führer - das geht. Aber wenn man die Führung nicht bzw. immer weniger in den eigenen Händen hat, kann die Einsamkeit zur Belastung werden und zu wenig konstruktiven Reaktionen führen. Ganz soweit ist es zum Glück für Frankreich und für Europa sicher nicht. Das Land funktioniert, die menschlichen Ressourcen sind intakt, intellektuelle, kreative, künstlerische, innovative, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist vorhanden. Die Verwaltung ist nicht immer sehr effizient, aber stabil. Die Streitkräfte sind zwar wegen bestandes- und kreditmässiger Abbautendenzen nicht glücklich, aber zuverlässig und gewiss nicht putschverdächtig. Traurig steht es aber um die Politik an sich, und ganz besonders traurig steht es um die gesamte "classe politique". Dieser Ausdruck, der in der Meinung der Politiker bedeuten soll, sie ständen hierarchisch über den andern Menschen, wird an sich als undemokratisch empfunden und gibt jetzt Anlass zu besonderer Satire, denn "classe politique" wird in der öffentlichen Meinung Frankreichs zur Zeit automatisch in Zusammenhang gebracht mit "affaires", "magouille" und andern unerfreulichen Erscheinungen. Dieser "classe politique" und ihrem rasch alternden und wegen seiner zunehmenden Megalomanie sogar von den sonst auf diesem Gebiet so toleranten Mitbürgern immer stärker kritisierten Führer dürfen die Dinge nicht mehr allzu weit entgleiten, sonst könnten die vielen positiven Kräfte, die im Land nach wie vor am Werke sind, zu sehr entmutigt werden und neue Wege zu gehen versuchen.

Schweizerischerseits hat man immer die wohl richtige These vertreten, wonach es im Interesse einer günstigen Entwicklung der Beziehungen mit der EG liege, dass diese eine starke Gemeinschaft sei. A fortiori sollten die Mitgliedstaaten - wenigstens die wichtigsten - sich auch in einer Position der Stärke befinden. Die drei EG-Nachbarländer der Schweiz, alle drei Gründerstaaten der Gemeinschaft, haben ein gerütteltes Mass an Problemen zu bewältigen. Vielleicht mit Ausnahme ganz bestimmter Dossiers - z.B. Transit - figuriert das Verhältnis zur Schweiz kaum innerhalb der ersten Prioritäten dieser Nachbarländer. Mit dem nicht allzu grossen Interesse einher geht auch weniger grosser "good will" und eine geringere Bereitschaft, besonderes Verständnis schweizerischen Anliegen gegenüber zu zeigen. So könnte ein problembeladenes Frankreich bilateral ein schwieriger Partner sein, und im Rahmen der Verhandlungen mit der EG dürfte sich die französische Position wohl eher verhärten als aufweichen. Für die EG selbst ist ein weniger starkes Frankreich ein grosser Nachteil. Die Möglichkeit einer Verschiebung von der deklamatorischen Hegemonie Frankreichs zu einer wirklichen Hegemonie anderer Mitgliedstaaten rückt näher und könnte dazu beitragen, dass der Enthusiasmus für die Konstruktion der beiden Unionen abklingt. Eine Schwäche der Gemeinschaft würde einen unersetzlichen Verlust an Triebkraft für die Entwicklung Gesamteuropas (denn die EG stellt ja anerkanntermassen den einzigen wirklichen Motor dar) und eine klare Einbusse europäischen Einflusses in der Welt zur Folge haben.

Auch bei realistischer Beurteilung des Gewichtes Frankreichs im Konzert der Nationen ist anzuerkennen, dass eine Schwächung dieses Akteurs bedenkliche Auswirkungen haben könnte auf geopolitischem, sicherheitspolitischem, weltwirtschaftlichem und entwicklungspolitischem Gebiet. Es bleibt daher zu hoffen, dass Frankreich sein eigenes Schicksal ernsthaft in die Hände nimmt und als wirklich demokratischer und der Gewaltentrennung verpflichteter Rechtsstaat in Europa und auf der Welt nicht eine der Geschichte nachhinkende, sondern eine den Realitäten gerechte und konstruktive Rolle wird spielen können. Man darf langfristig gewiss zuversichtlich sein. Wie lange die von Un-

- 10 -

gewissheiten gezeichnete schwierige Phase dauern wird, ist nicht abzusehen. Eines ist tröstlich: je rascher sich die Probleme verschärfen, desto früher werden sich die Franzosen zu einem wirklichen "nouvel élan" aufraffen.



Der Schweizerische Botschafter

Carlo Jagmetti

Kopien z.K.:

EDA: - Staatssekretär K. Jacobi
- Politische Abteilung I

EVD: - Staatssekretär F. Blankart